

Kampfblatt gegen Goldelse und für den Fernsehturm // Nr. 4 // Oktober 2005

■ Protestaktionen



In den Städten Madrid, Barcelona und Sevilla fanden Demonstrationen statt. Organisiert wurden sie in der Regel von Organisationen wie SOS-Rassismus, Ärzte ohne Grenzen oder Gruppen der Bewegung »Papiere für alle«. Es beteiligten sich viele Migranten an den Aktionen. Im Frühjahr 2005 gab es landesweite Proteste für die »bedingungslose Legalisierung« von Flüchtlingen, als Reaktion auf das neue Einwanderungsgesetz der sozialdemokratischen Regierung. Das Gesetz sieht mehrere Bedingungen vor, unter denen Personen einen legalen Status beantragen können. Das wichtigste ist ein unbefristeter Arbeitsvertrag. Wie jedoch Millionen von »Schwarzarbeiter« – vor allem in privaten Haushalten – in den Genuss eines solchen Vertrages kommen, bleibt ungewiss.

■ **Impressum:**

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Im Zaun verblutet – Flüchtlinge in Nordafrika

Vor den Toren Europas erreichte im Spätsommer dieses Jahres die katastrophale Lage von Flüchtlingen einen erneuten Höhepunkt

In zahlreichen europäischen Städten fanden Ende Oktober Demonstrationen vor Vertretungen des spanischen Staates und Marokkos statt. Anlass waren die dramatischen Bilder von Dutzenden toten Flüchtlingen an der südwestlichen Außengrenze der Europäischen Union. Sie starben beim Versuch über meterhohe Grenzanlagen zu klettern oder in organisierter Massenflucht die Zäune einzureißen. Einige wurden von Polizisten erschossen, andere verbluteten in den Stacheldraht-Zäunen. Wieder andere erlagen ihren schweren Verletzungen nach dem Sprung vom sechs Meter hohen Zaun bzw. an den Schlägen, die ihnen die für Grenzsicherung zuständige Guardia Civil zugefügt hatte.

Ceuta und Melilla

In Nordafrika verfügt der spanische Staat mit den Städten Ceuta und Melilla über zwei Kolonien. Beide Städte sind mit meterhohen Zäunen umgeben, damit niemand das Gebiet der EU »illegal« betreten kann. Seit Jahren konnten jedoch Flüchtlingsgruppen relativ ungestört die bis zum Sommer nur einfach gesicherte Grenze mit selbstgebauten Leitern überwinden. Obwohl die Flüchtlingszahlen sinken, wurde der Zaun aufgestockt und mit Nato-Draht verstärkt.

Der Großanteil der Flüchtlinge kommt ohnehin per Schiff – oder meistens in alten Booten – über die Meeresenge Gibraltar bzw. über die kanarischen Inseln auf das EU-Festland. Die spanischen Behörden meldeten, dass in diesem Jahr rund 13.000 Personen versuchten, über die Grenzen von Ceuta und Melilla nach Spanien zu gelangen. Wie viele die Zäune tatsächlich überwinden konnten, bleibt jedoch ungewiss. Der *Spiegel* meldete, dass in diesem Jahr rund 6.300 Flüchtlinge »illegal« in Spanien gestrandet seien – inklusive der Bootsflüchtlinge. Das sind rund ein Drittel weniger als 2003 und halb so viel wie 2002.



Ein spanischer Soldat bei der »Absicherung« der Grenze in Melilla in Spanien

Wilde Bilder als Auslöser

Wie kam es zu dieser plötzlichen Medienöffentlichkeit und den internationalen Protesten? Auslöser waren zum einen die genannten Massenfluchtversuche von mehreren Hundert Menschen, wobei die ständig in Sichtweite postierten spanischen Grenztruppen einfach überrannt und bei anschließenden Prügelorgien der Polizei zahlreiche Personen schwer verletzt wurden. Zum anderen wurden in einer Nacht mehrere Flüchtlinge vor dem Zaun erschossen bzw. verbluteten qualvoll zwischen dem Doppelzaun im Niemandsland. Hier streiten sich die Behörden aus Marokko und Spanien, wer für den Tod dieser Menschen verantwortlich ist.

Anschließend gingen die Bilder von den blutüberströmten Flüchtlingen um die Welt. Fast jeder, der über den Zaun geklettert war, verletzt sich erheblich am messerscharfen Nato-Draht. Nahezu jeden Morgen wurde von Schwerverletzten und Toten berichtet. Unklar bleibt, wie viele Flüchtlinge von den Sicherheitskräften getötet wurden. Eine unabhängige Untersuchung diesbezüglich findet nicht statt. Ebenso wenig eine Verfolgung der Übergriffe seitens der spanischen »Sicherheitskräfte«. Die Tageszeitung *El Pais* veröffentlichte Funkprotokolle der Grenztruppen, die belegen, dass Schwerverletzten erst nach rund einer Stunde medizinische Versorgung geordert wurde, obwohl sich die Polizisten in Sichtweite der Flüchtlinge befanden.

Der marokkanische Staat

Marokko versucht indes Kapital aus dem Flüchtlingselend zu schlagen. Das Land ist für die meisten nur Zwischenstation auf dem Weg nach Europa und als »sicherer Drittstaat« werden Personen hierher ausgewiesen, die »illegal« in Spanien aufgegriffen werden. Marokko will sich dies gut bezahlen lassen und verweigert den Flüchtlingen humanitäre Hilfe. Die Bilder der Flüchtlinge kommen daher nicht ungelegen. Dass den marokkanischen Behörden dabei das Leben der Flüchtlinge nur wenig bedeutet, zeigten sie Ende Oktober, als sie mehrere Busse mit abgeschobenen Flüchtlingen wortwörtlich in die Wüste schickten. Mit Handschellen gefesselt, wurden knapp 100 Personen in der südmarokkanischen Wüste ihrem Schicksal überlassen. Erst als ein Kamerateam die völlig erschöpften Menschen filmte, wurden die Flüchtlinge in Zwischenlager untergebracht.

Eine weitere Tragödie spielt sich vor den kanarischen Inseln sowie vor der Küste Süditaliens ab. Hier versuchen Nacht für Nacht Flüchtlinge in selbstgebauten, alten oder ausrangierten Schiffen die Wassergrenze der EU zu überwinden. An der Küste Fuerteventura werden inzwischen fast jeden Morgen Leichen angespült, weil eine Vielzahl der Flüchtlingsschiffe sinkt. Überlebende haben dabei mehrfach berichtet, dass ihre Schiffe von der Küstenwache Italiens oder Spaniens bewusst zum kentern gebracht wurden.

◆ Infos und Kontakte: www.avanti-projekt.de; www.de.indymedia.org

»Milliarden Dollar gegen Guerilla«

Interview mit der Delegation »Paz y Solidaridad« , die im Frühjahr nach Kolumbien reiste

Ihr ward im Februar und März in Kolumbien – was war das für eine Reise?

Wir sind als 20köpfige Delegation von GewerkschafterInnen, Antifas und anderen Linken auf Einladung des kolumbianischen Gewerkschaftsverbandes CUT zunächst nach Bogotá und später in das Departement Arauca im Nordosten gefahren. In den letzten 20 Jahren sind mehrere tausend GewerkschafterInnen von rechten Paramilitärs oder staatlichen Organen umgebracht worden. Mitunter geschah dies im Auftrag von Firmen wie Coca Cola. Durch die Präsenz internationaler Beobachter können die kolumbianischen AktivistInnen ein wenig geschützt werden. Wir haben uns mit VertreterInnen sozialer Organisationen getroffen, u.a. von Sinaltrainal, der Nahrungsmittelgewerkschaft, die erst vor wenigen Tagen wieder einen Aktivisten durch Mord verloren hat (http://de.indymedia.org/2005/09/127958.shtml). In Arauca, das militärisch besetzt ist, wo aber auch FARC und ELN sehr aktiv sind, haben wir landwirtschaftliche Kooperativen, soziale und Indigena-Organisationen besucht. Im Herbst erscheint übrigens eine Broschüre der Kolumbienkampagne Berlin, in der unsere Reiseerfahrungen enthalten sein werden.

Wie ist denn die momentane politische Situation in Kolumbien?

Die Regierung unter Präsident Uribe versucht sich als demokratische, neutrale Instanz, die die Menschenrechte schützt, darzustellen. Tatsächlich kooperiert die Armee mit Paramilitärs und Todesschwadronen gegen alles, was links und sozial ist. Momentan will Uribe die Kommandanten der Paramilitärs durch ein Amnestiegesetz praktisch straflos stellen – obwohl sie für tausendfachen Mord verantwortlich sind. Eine besondere Rolle spielt Kolumbien als US-Stützpunkt, es gibt Hunderte Militärberater und Milliarden Dollar Militärhilfe – offiziell zur Bekämpfung des Drogenhandels, tatsächlich gegen die Guerilla. Auch die gegen Kokapflanzungen gerichteten Herbizid-Besprühungen treffen bewusst Agrar-Kooperativen, um soziale Organisierung auszutrocknen.


Ausnahme von der Regel: Universität in Bogotá

Wie sieht der Konflikt zwischen Guerilla und Regierung aus?

Die FARC existiert seit etwa 40 Jahren, sie ist fast so alt wie der Bürgerkrieg in Kolumbien, der 1948, nach der Ermordung eines chancenreichen fortschrittlichen Präsidentschaftskandidaten durch die Oligarchie, begann. Die FARC setzt auf militärische Stärke, nachdem der Versuch, sich als legale Partei (Union Patriotico) zu organisieren, Mitte der 80er daran scheiterte, dass 5.000 ihrer Mitglieder ermordet wurden. Die FARC kontrolliert größere Gebiete und ist im ganzen Land mit 20.000 Bewaffneten aktiv. Sie ist eher als Armee organisiert, die im direkten militärischen Konflikt mit dem Staat steht, während die ELN mit ihren etwa 6.000 Guerillera/os, eher versucht, mit sozialen fortschrittlichen zivilen Kräften zu kooperieren. Uribes Versuch, die Guerillas militärisch zu schlagen, ist sicher aussichtslos, aber die Guerilla kann zur Zeit auch nicht gewinnen. Insofern ist leider ziemlich unklar, wie sich die Situation in Kolumbien verbessern könnte. Aber auf jeden Fall müssen die linken Kräfte dort unterstützt werden.

◆ Infos und Kontakte: www.farcep.org; www.eln-voces.com



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

» Punk's not dead«

Aaach…, sie ist eine von diesen stupide auswendig Lernenden. Nach dem Seminar wurde sie dann von so einem neureichen, seitengescheitelten Spiesser abgeholt…« Das zottelhaarige Lästermaul hatte sofort Sympathiepunkte bei mir, als er sich in der U-Bahn über seine Kommilitonin ausließ. Immerhin bin auch ich bekennender Sozialneider. Ein wenig später fragte ihn sein Poncho tragendes Pendant, was er denn jetzt planen würde, so kurz vor Abschluß des Studiums. »Auswärtiges Amt« war die knappe Antwort! Dabei hatte ich zuerst »Ausland« verstanden, vermutlich weil ich das verstehen wollte. Vermutlich hätte es auch mehr dem Klischee entsprochen, dass ich von Schlabberhosen tragenden Akademikern habe. Doch dieser unrasierte Unipunk wusste, was er will, und er weiß auch, wie er es bekommt. Zuerst müsse er diese »verdammte Prüfung bestehen«, mit der Joschkas böswillige Personalmanager die »Spreu vom Weizen trennen« wollen. Doch dann, so plant er, kommt er endlich »auf dieses Schloss«, wo er dann lernt, »wie man das mit dem Besteck macht und wie so ein Handkuss richtig geht…« Klar, die Zotteln müssen dann ab, aber für so ein Leben »mit fetten Diäten, irgendwo in der Sonne« würde auch ein Anarchist wie er gern von solchen Kleinigkeiten absehen.



■ Das aktuelle Antifaschistische Infoblatt ist erschienen. Themen sind u.a. Repression gegen Antifaschisten, das Label »Autonome Nationalisten«, eine Betrachtung zum Thema Neonazigewalt, ein Text zu Faschismustheorien. Ein kostenloses Probeexemplar kann man unter aib@mail.nadir.org bestellen.

■ **Anderes Amerika**



»Ein anderes Amerika ist möglich« – Im Fokus des Amerikagipfels der 34 Staatschefs Anfang November in Mar del Plata / Argentinien stand der Streit über die von den USA gewünschte Freihandelszone ALCA. Auf dem Gegengipfel mit 12.000 Teilnehmern wurde in 150 Foren u.a. über Alternativen zur ALCA diskutiert. In der Abschlusserklärung wurde das sofortige Ende der Verhandlungen über die Freihandelszone gefordert. Alle Vereinbarungen der amerikanischen Staaten sollten die Menschenrechte und die Souveränität der Völker sowie die unterschiedlichen Entwicklungsstände der Länder berücksichtigen. Auslandsschulden müssten annulliert werden. Ein alternativer Integrationsprozess in Anlehnung an die »Alternativa Bolivariana de las Americas« (ALBA) wurde vorgeschlagen. Abschließend demonstrierten 15.000 Menschen unter dem Motto »Nein zu ALCA – nein zu Bush«.

Geheimstrukturen in Italien Die Enttarnung der Dssa

In Italien sind erneut politische Geheimstrukturen aufgedeckt worden. Bereits in den 80er und 90er Jahren kamen nicht-offizielle Strukturen ans Licht der Öffentlichkeit, die sich aus Rechtsradikalen, Polizei und Geheimdiensten zusammensetzten. »Illegale Polizeistrukturen in Italien aufgedeckt!« So oder ähnlich lauteten in den ersten Julitagen diesen Jahres die Überschriften zahlreicher Zeitungsartikel.



Silvio Berlusconi (Staatspräsident Italiens) war ebenfalls Mitglied einer Geheimloge, die in den 70er Jahren versuchte, die notwendigen Voraussetzungen für einen rechten Staatsstreich zu schaffen

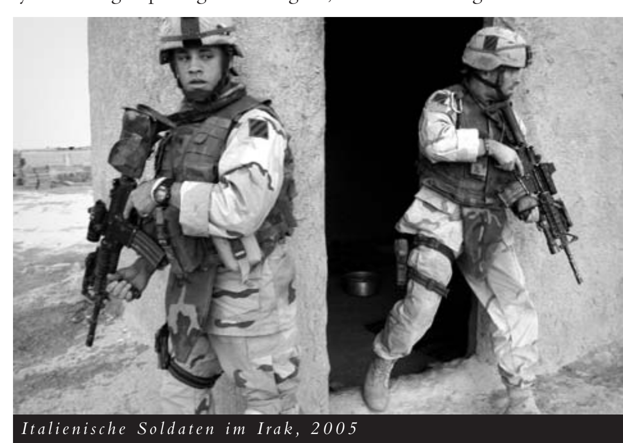
Im April 2004 wurde der Italiener Fabrizio Quattrocchi im Irak zunächst entführt und dann ermordet. Unklar war, wieso sich Quatrocchi überhaupt im Irak aufhielt. Zunächst hieß es, er sei im Auftrag eines privaten Sicherheitsdienstes tätig gewesen. Im Zuge der durch Staatsanwaltschaft von Genua geführten Ermittlungen um den Tod Quatrocchis, wurde jedoch aufgedeckt, dass er dort als Söldner arbeitete. Auftraggeber sei das »Dipartimento studi strategici antiterrorismo – Dssa« (Abteilung für strategische Anti-Terror-Studien) gewesen.

Ähnliche Verwirrungen gab es im Übrigen auch um den Tod zweier deutscher GSG 9-Beamter im Irak. Damals hieß es zunächst, sie seien privat im Land gewesen. Später bestätigten offizielle Stellen, dass sie dienstlich eingesetzt waren. Angeblich sollten sie die deutsche Botschaft in Bagdad schützen. Im Zuge der Ermittlungen wurde die Dssa überprüft. Es stellte sich heraus, dass es sich dabei um eine nicht-staatliche Organisation handelt, die in ganz Italien Stützpunkte unterhält. Sie soll aus mindestens 150 Personen bestehen und vorwiegend aus ehemaligen oder aktiven Polizisten, Carabinieri, Grenzpolizisten, Zollbeamten und Geheimdienstangehörigen bestehen.

Dipartimento studi strategici antiterrorismo – Dssa

Ziel der Dssa war der Kampf gegen den sogenannten islamischen Terrorismus. In diesem Zusammenhang führte sie Ermittlungen und Überwachungen gegen Moslemgruppen, Moscheen und von Arabern geleitete Betriebe durch.

Beispielsweise spielte die Dssa den Carabinieri wiederholt Dossiers über angeblich von Islamisten geplante Anschläge zu. Auch die Terrorwarnung für den Domplatz von Mailand zu Beginn des Jahres 2005 soll auf Informationen der Dssa basieren. Im Gegenzug konnte die Organisation geheime Datenbanken des Innenministeriums nutzen. Die Dssa verhielt sich wie ein staatlicher Geheimdienst und habe vorgetäuscht, »über den Auftrag zur Begrenzung und Kontrolle der Terroristen-Finanzierung, zur Identifikation und Unterwanderung von Terrorzellen und zur Analyse von Gegenspionage zu verfügen«, so die Ermittlungsbehörden in Ge-



Italienische Soldaten im Irak, 2005











nua. Wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung wurden 25 Objekte durchsucht. Dabei wurden Waffen, zahlreiche »Survival-Kits«, unzählige Ausweise und Dienstplaketten gefunden. Gegen 24 Personen wird ermittelt; 12 von ihnen sind Polizisten. Bei den Köpfen der Dssa handelt es sich um Dr. Gaetano Saya und Ricardo Sindoca, die in Florenz und Pavia unter Hausarrest gestellt wurden. Beide sind extreme Rechte mit ausgezeichneten Verbindungen zu Geheimdiensten und anderen staatlichen Apparaten.

Destra Nazionale - Nuovo Msi

Dr. Gaetano Saya ist oberster Chef der rechten Gruppierung »Destra Nazionale – Nuovo Msi« (Nationale Rechte – Neue Soziale Bewegung Italiens). Der heute 49jährige Saya wurde in Messina, Kalabrien geboren und wuchs bei seinem Großvater auf. Stolz betont er, dass dieser schon bei Mussolinis »Marsch auf Rom« dabei gewesen sei. 1970, mit 14 Jahren, habe Saya an den rechten Aufständen in Kalabrien, den »giornate di Reggio Calabria«, teilgenommen. Später sei er Experte für Information, Sabotage, Propaganda und Guerilla, Gegenspionage und Antiterrorismus bei den Geheimdiensten der NATO gewesen. Dabei dürfte es sich um die geheime »Stay-Behind-Struktur« der NATO handeln, die in Italien unter dem Namen Gladio (römisches Kurzschwert) auftrat und aus Rechtsradikalen rekrutierte Terror- und Sabotagetrupps für den Fall einer kommunistischen Invasion oder Revolution ausbildete (siehe *AIB* No. 14, Frühjahr 1991). Gladio wird für zahlreiche Anschläge in den 60er und 70er Jahren verantwortlich gemacht. Unter dem Stichwort »Strategie der Spannung« wurden die oft verheerenden Attentate der Linken untergejubelt, um über die damit geschaffene verschärfte innenpolitische Lage einen rechten Staatsstreich zu erreichen.



Riccardo Sindoca (rechts), zweiter Leiter der Dssa, bei einem USA-Aufenthalt

Kontinuitäten

Die seit den 50ern bestehende Struktur wurde erstmals im Oktober 1990 bekannt, als der ehemalige italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti vor einer Untersuchungskommission aussagte. Durch General Giuseppe Santovito sei Saya dann zum »Servizio per le Informazioni e la Sicurezza Militare – SISMI«, dem italienischen militärischen Sicherheitsdienst, gekommen. Ebenso wie Santovito und Silvio Berlusconi war auch Saya Mitglied der Geheimloge »Propaganda 2« (P2), die in den 70er Jahren ebenfalls versuchte, die notwendigen Voraussetzungen für einen rechten Staatsstreich zu schaffen. Im Zeitpunkt ihrer Aufdeckung konnte die P2 bereits ganze Regimenter der traditionell rechtsgerichteten Fallschirmjäger mobilisieren. 1997 sagte Saya – quasi als Kronzeuge – im Prozess um die Ermordung des Anti-Mafia-Ermittlers und Carabinieri-Generals Carlo Alberto dalla Chiesa gegen Andreotti aus, und beschuldigte ihn, den Mord befohlen zu haben. Seit Mai 2005 muss er sich zudem wegen antisemitischer und rassistischer Hetze vor Gericht verantworten.

Nach der Enttarnung der Dssa wiegelten die staatlichen Stellen ab. Silvio Berlusconi betonte, bei Saya würde es sich lediglich um einen Wichtigtuer handeln. Der Fall werde künstlich aufgebauscht. Unwahrscheinlich ist aber, dass mit der Dssa nur eine Gruppe von Wichtigtuern aufgeflogen ist, die auch mal Polizei spielen wollten. Gegen diese Annahme spricht, dass die Dssa offensichtlich über erhebliche finanzielle Mittel, ausgezeichnete Kontakte und erhebliche politische Unterstützung verfügt. Es könnte sich tatsächlich um eine Geheimorganisation à la Gladio oder P2 handeln. Dafür sprechen auch die zahlreichen personellen Kontinuitäten. Zudem handelt es sich bei den Akteuren erneut um eine Mischung aus Rechtsextremen, Polizei und Geheimdiensten. Nur ist zur Zeit ein anderes Feindbild, in den Vordergrund gerückt: Die allseits beschworene Bedrohung durch den »islamistischen Terror«! Würde es sich tatsächlich nur um eine Ansammlung von Spinnern handeln, wäre Quatrocchi wohl kaum im Irak aktiv gewesen und hätten Mitglieder der Dssa keinen Zugang zu vertraulichen Dossiers der Geheimdienste gehabt. Zudem war das Netz der Dssa über ganz Italien verteilt.

Schließlich bleibt die Frage, ob nicht erneut geheime Stay-Behind-Organisationen bestehen. Stay-Behind-Organisationen, die auch in anderen Ländern auf Rechtsextreme, Polizisten und Geheimdienstler setzen.

Der Artikel stammt aus der aktuellen Ausgabe des Antifaschistischen Info Blatt (No. 69)



Ein Foto aus den 80er Jahren zeigt Dr. Gaetano Saya (rechts) mit dem damaligen Verteidigungsminister Senator Giovanni Spadolini

Das Wort zum Montag: Mach mal blau!

Wer ohne Komplikationen eine Krankschreibung vom Arzt benötigt, erhält nun professionellen Rat in Form einer kleinen Broschüre, die die »Überflüssigen« vor kurzem in Berlin präsentierten.



Die »Überflüssigen« präsentieren ihr neue Broschüre

Die erste Auflage dieser Broschüre in den 80'er Jahren hatte etwa 80 Ermittlungsverfahren und mehr als 100 Hausdurchsuchungen zur Folge.

Damals war das Büchlein mit dem Titel »Lieber krankfeiern als gesundschuften. Wege zu Wissen und Wohlstand« für zehn Mark zu haben vorausgesetzt die Polizei war nicht schneller. Die Neuauflage wurde den aktuellen Entwicklungen des Sozialstaats angepasst und heißt jetzt »Diagnose Kapitalismus, Therapie Pause – Medizinisches Wissen zur Überwindung von Arbeitszwang und Behördendrangsal«. Die Gratisbroschüre wurde aktualisiert und bietet detaillierte Anleitungen zur Simulierung von Krankheiten. Damit ist es jedem »Ein-Euro«-Jobber möglich, den gelben Schein vom Arzt zu holen, ohne auf sein Mitleid angewiesen zu sein. Zeitgemäß ist der Ratgeber nicht nur in linken Buchhandlungen zu haben, sondern unter www.krankfeiern.org auch online verfügbar. »Schnell zuschlagen und die Broschüre holen oder downloaden«, äußerte eine »Überflüssige« gegenüber dem Antiberliner, »Staatsanwalt und Polizei wollen nämlich derartige Subversion sofort aus dem Verkehr ziehen«.

◆ **mehr Infos unter: www.ueberfluessig.tk**

Fachwissen

Wir befragten eine Kreuzberger Hausärztin zu der Broschüre: Was können Sie fachlich zu dieser Veröffentlichung sagen?

Medizinisch einwandfrei, die Anleitungen sind perfekt. Wer so zum Arzt geht, wird garantiert arbeitsunfähig geschrieben. Solche Vortäuschungen sind aber unnötig!

Warum?

Weil Menschen, die psychisch am Ende sind, weil sie von Behörden oder Unternehmen erniedrigt werden, z.B. durch Zwang zu sinnlosen Arbeiten im Rahmen der »Ein-Euro-Jobs«, sowieso meistens krank sind, und keine zusätzlichen Beschwerden simulieren müssen.



Haben sie viele Patienten, die unter »Hartz IV« leiden?

Es geht nicht nur um »Hartz IV«, es ist eine gesellschaftliche Situation, in der Erwerbsarbeit für alle Menschen nicht mehr vorhanden und gar nicht notwendig ist. Es ist der falsche Arbeitsethos, es ist die psychische und existenzielle Bedrohung für alle, die kein Geld haben, was krank macht. Die meisten Menschen, die zu mir kommen, wollen trotz Krankheit weiter arbeiten – aus Angst. Obwohl die Arbeitsverhältnisse zunehmend krank machen, ist der Krankenstand in der BRD so niedrig wie noch nie!

Das sehen sicherlich nicht alle Ärzte so ....

Mangelnde Analysefähigkeit gesellschaftlicher Zustände ist auch bei Ärzten weit verbreitet…

Ist es daher nicht ratsam, beim Praxisbesuch neben seiner Verweigerung des herrschenden Arbeitsethos auch ein paar handfeste Beschwerden anzugeben?

Kein Kollege wird eine Krankschreibung ohne Grund ausstellen. Für die psychischen und psychosomatischen Krankheitsbilder fehlt oft die Kompetenz oder ganz einfach das Einfühlungsvermögen. Manchem ist da mit Angaben klassischer Beschwerden geholfen. Oft hilft auch ein Arztwechsel.

Finden Sie, die Broschüre sollte verboten werden?

Nein. Ich fand die Lektüre interessant und würde sie auch Kollegen empfehlen. Einige Texte berühren wichtige gesellschaftliche Fragen. Und: Nachdenken über mehr Gesundheit und ein besseres Leben schadet nie.

Urteil gegen KaZaA

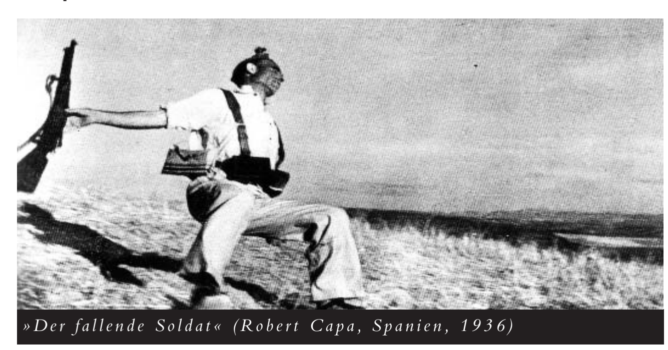
In einem acht Monate dauernden Prozess in Sydney haben die Richter den Klagen gegen die Internet Tauschbörse KaZaA stattgegeben. KaZaA wurde verpflichtet, alle Verletzungen von Copyrights zu unterbinden. Obwohl KaZaA längst nicht mehr zu den Marktführern in punkto Internettauschbörsen zählt und längst von BitTorrent oder eDonkey abgelöst wurde, ist dieses Urteil als Kampfansage der Musikindustrie an die sogenannte Musikpiraterie zu werten. Musik soll nur noch »legal« runtergeladen werden. Momentan gibt es zumindest noch ein breites und kostenloses Musikangebot im Internet.

Hartz-IV-Schmarotzer

»Die üblen Tricks der Hartz IV Schmarotzer! ...und wir müssen zahlen« (*Bild*), »Das Spiel der Armen. Wie der Sozialstaat zur Selbstbedienung einlädt« (*Spiegel*), »Melkkuh Sozialstaat – sind wir ein Volk von Abzockern?« (Christiansen) … Seit Mitte Oktober unter Berufung auf einen Report des Hauses von Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement über Fälle des »Leistungsmissbrauchs« bei Hartz IV scheint sich ein neuer Sündenbock für die Schulden des Staates (35 Milliarden Euro) gefunden zu haben. Indem in den Massenmedien spektakuläre Fälle des »Missbrauchs« von Sozialleistungen generalisiert und als Spitze des Eisbergs dargestellt werden, avancieren die Ärmsten der Gesellschaft zu den neuen Hauptfeindbildern des neoliberalen Zeitgeistes.

Franco murio en la cama

Der Spanische Faschist Franco starb vor 30 Jahren


»Der fallende Soldat« (Robert Capa, Spanien, 1936)

»Franco murio en la cama«[1], ein Ausspruch, der sich im spanischen Staat im Hinblick auf das Ende des autoritären Franco-Regimes etabliert hat.

Denn erst mit dem natürlichen Tod des spanischen Diktators Francisco Franco am 20. November 1975 endete die aus dem Bürgerkrieg hervorgegangene und vierzig Jahre andauernde Diktatur. Der unblutige Übergang von der Franco-Diktatur zur parlamentarischen Monarchie hatte einen hohen Preis: Die Verbrechen des Bürgerkrieges und des franquistischen Regimes wurden weder geahndet noch thematisiert.

Zurück in die Vergangenheit

Nach dem Militärputsch 1936 gegen die gewählte Zweite Republik, kam es zu einem Bürgerkrieg zwischen der Volksfront (Sozialisten, Kommunisten, Republikanische Linke, Regionale Kräfte, Anarchisten) und der Nationalen Front (Katholische Konservative, Monarchisten, Rechtsrepublikaner, faschistische Falange). Wenngleich der Bürgerkrieg primär ein Klassenkonflikt gewesen ist, wurde diese Konfliktachse jedoch gekreuzt von nationalen/regionalen, religiösen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen. Die aus dem Bürgerkrieg 1939 hervorgegangene Franco-Diktatur zementierte vor allem in den Anfangsjahren ihre Macht mit harten Repressionsmaßnahmen: Politische Gegner wurden gefangen genommen, zur Zwangsarbeit gezwungen, gefoltert, ermordet oder »verschwanden«.

Neben den repressiven Maßnahmen wurde vom franquistischen System eine Erinnerungspolitik mit großem Aufwand konstruiert: Das Geschichtsbild wurde auf die drastisch verzerrte Version des Bürgerkrieges als »antikommunistischen Kreuzzug« verpflichtet; die spanische Gesellschaft gespalten in die nationalen Sieger und die »Anti-Spanier«; zentrale Gedenktage anlässlich des Militärputsches und -Sieges gefeiert sowie zahlreiche Erinnerungsorte geschaffen. Ein Gedenken der republikanischen Kräfte an den Bürgerkrieg wurde unter Franco hingegen repressiv ins Private und Exil gedrängt.

Postdiktatorische Verhältnisse

Lange Zeit galt der spanische Übergang von der Franco-Diktatur hin zu einer parlamentarischen Monarchie als Musterbeispiel für einen friedlichen Systemwechsel. Dabei wurde häufig verdrängt, dass dieser politische Wandel maßgeblich unter Anleitung und Kontrolle der franquistischen Institutionen und eines Teils der politischen Elite verlief. Zentraler Bestandteil des friedlichen Übergangs war das (General-)Amnestiegesetz, welches 1976 vom spanischen Ministerrat beschlossen wurde. Dieses sah keine Unterscheidung zwischen den Tätern und Opfern vor und ermöglichte so die Integration von Trägern und Unterstützern der Diktatur in die »Demokratie«. Die traumatische Erfahrung des Bürgerkrieges, die Nachwirkungen der franquistischen (Erinnerungs-)Politik, sowie der fehlende klare Bruch mit der Diktatur waren zentrale Aspekte, die jahrzehntelang eine umfassende Aufarbeitung der jüngsten spanischen Vergangenheit verhinderten.



Antifaschistische Demonstration in New York zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges

Neu Form der Erinnerung ?

Der »Konsens des Schweigens« über die Vergangenheit scheint jedoch massiv zu bröckeln, denn außerparlamentarische Initiativen und Organisationen bemühen sich seit einigen Jahren um eine umfassende Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Ein umfangreiches Projekt. Denn bis heute ist z.B. die Frage nach den »Verschwundenen« des Franquismus nur unzureichend geklärt. Die »Asociación para la Recuperación de la Memoria História«[2] (ARMH) geht davon aus, dass von den schätzungsweise 150.000 Todesopfern des Franquismus ca. 30.000 Tote in anonymen Massengräbern verscharrt wurden. Erstmals im Jahr 2000 hat diese Organisation mit der Aushebung eines Massengrabes begonnen und sich für die Rehabilitierung der Opfer eingesetzt. Ein anderes Beispiel: Das »Foro por la memoria«[3] setzt sich seit Jahren aktiv für die Entfernung der nach wie vor präsenten franquistischen Symbolik – sprich die Umbenennung von Straßen und Plätzen sowie die Entfernung von Franco-Statuen. Eine allgemeine Veränderung zeichnet sich erst langsam ab. An Francos 27. Todestag im November 2002 verabschiedete das spanische Parlament eine Resolution, in der der Militärputsch von 1936 erstmals offiziell verurteilt wurde, die Opfer des Bürgerkrieges und Franquismus rehabilitiert und Unterstützung bei der Suche nach den Massengräber zugesagt wurde. Ohne den massiven öffentlichen Druck, der durch die Arbeit der erinnerungspolitischen Initiativen entstanden ist, wäre dieses nicht möglich gewesen. Aber dennoch sind einige grundlegende Fragen nach wie vor offen wie die Entschädigung der Zwangsarbeiter, die Verfolgung der Täter sowie die Öffnung aller (Militär-)Archive aus jener Zeit. Es wird sich zeigen, ob jetzt dreißig Jahre nach Francos Tod die Aufarbeitung der Vergangenheit wirklich beginnt.

[1] »Franco starb im Bett«

[2] Verein für die Wiederherstellung der Erinnerungspolitik

[3] Forum für die Erinnerung

Nazis in Treptow



Für den 3. Dezember haben Berliner Neonazis einen Aufmarsch mit der Forderung nach einem eigenen Jugendzentrum angemeldet. Obwohl die Aufrufer eher unbekannte Kameradschaften aus Berlin sind, wird mit einem Blick auf die Mobilisierungshomepage schnell klar, wer wirklich dahinter steckt: Die im Frühjahr verbotenen Kameradschaften »KS Tor« und die »Berliner Alternative Süd-Ost« (Der Antiberliner, No.2). Derzeit regt sich Widerstand von zivilgesellschaftlichen-bürgerlichen Kräften und Antifagruppen. Das Ziel ist, an die Erfolge von Göttingen, Potsdam und Halbe anzuknüpfen.

◆ Infos: treptowerantifa.de

We will rock you

Seit Jahren existieren in Berlin und Umland rechtsextreme Betriebsstrukturen. Dazu gehören Läden von Neonazis oder Firmen, die Naziklamotten herstellen. Gegen diese Strukturen und den Nazischick will die Kampagne »We will rock you – Gegen rechten Lifestyle« vorgehen. Neben vielen lokalen Demos veranstalten nun die Initiatoren eine Party mit »Umtauschaktion«. Man will »Antifas die Möglichkeit geben, gefundene Naziutensilien umzutauschen gegen Antifashirts«, so die Veranstalter.

◆ Partytermin und Infos: www.we-will-rock-you.tk



Gegen Sektierer ...
Warum die antideutsche Ideologie nicht links ist, sondern eine Bestärkung herrschender Verhältnisse, zeigen die Autoren des Sammelbandes »Sie war'n die Antideutschesten...«. Bernhard Schmid beschreibt z.B. in »Urlaub von den Bahamas«, wie diese »antitotalitäre Sekte« so lange falsch abbog, bis sie bei Präsident Bush als »Man of Peace« landete.
◆ Sie war'n die Antideutschesten der deutschen Linken, ISBN 3-89771-432-9, 288 S., 16 €, Unrast

Marcos und Taibo II
Subcommandante Marcos und Paco Ignacio Taibo II haben einen Roman geschrieben. Elías Contreras von der EZLN sieht Mexiko-Stadt als Monster, wo seltsame Sitten herrschen. Der einäugige Detektiv Héctor Belascoarán lebt dort, sein Urwald besteht aus Autos, Menschen und Fernsehantennen. Ein 1971 ermordeter Student hinterlässt im Jahr 2005 Nachrichten auf Anrufbeantwortern und Contreras hört von dunklen Geschäften in Chiapas.
◆ Unbequeme Tote, ISBN 3-935936-39-7, 240 S., 16.80 €, Assoziation A

Layouteinstieg
Wer sich über Dateien ohne Überfüllung und pixeliger Auflösung ärgerte, ist allen dankbar, die sich nicht nur einen Kopf über korrekte Parolen und geiles Layout machen, sondern das auch richtig abspeichern. Ein Buch über Farbe, Druckverfahren, Weiterverarbeitung, Datenaustausch, Schriften und mit nützlicher CD.
◆ DTP Druckreif, ISBN 3-499-60090-0, 315 S., 15,50 €, rororo

»Es ist beim Boxen vieles besser geworden«

Boxen wird in der Öffentlichkeit oft als Männersport wahrgenommen. Boxerinnen stehen mit Ausnahme von Weltmeisterin Regina Halmich eher im Hintergrund. Mädchen und junge Frauen zu stärken und gleichzeitig für den Boxsport zu interessieren, sind einige Ziele des Projekts »Boxgirls«. Der *Antiberliner* sprach mit der Cheftrainerin Heather Cameron

Boxgirls? Das klingt nach einem Boxverein für Frauen. Ist das was besonders? Was ist Boxgirls genau und was macht ihr?

Wir unterstützen junge Frauen und Mädchen dabei, sportlich aktiv zu sein und durch ihr dadurch erworbenes Selbstvertrauen auch eine neue Rolle in ihren Kiezen einzunehmen. Im BCS Box Club Seitenwechsel in Kreuzberg bieten wir Boxkurse für Mädchen und Schulklassen an. Das Training bringt körperlichen Spaß und Rhythmusgefühl. Anfangs steht dabei die Technik im Vordergrund. Kontaktboxen kommt erst später, wenn die Schülerinnen das auch machen wollen. Anfangs sind da viele Mädchen zurückhaltend, nach einer Weile wollen sie sich dann aber doch ausprobieren.

Bei Boxgirls trainieren Frauen aus vielen Herkunftsländern. Die bunte Mischung ist auch Teil unseres Selbstverständnisses. Die Mädchen und jungen Frauen lernen bei den Kursen im Team zu arbeiten und mit Konflikten umzugehen. Neben den regelmäßigen Trainingsangeboten organisiert Boxgirls auch mehrere Events, Boxworkshops und Besuche an Schulen. Ein großer Teil unserer Tätigkeit besteht aber auch in der Werbearbeit für das Mädchenboxen.

Seit wann gibt es Boxgirls?

Das öffentlich geförderte Projekt wurde im April 2005 ins Leben gerufen. Da der Frauenboxverein BCS ein großer Erfolg war, entschieden wir, unser Knowhow auch an jüngere Mädchen weiterzugeben. Beim kostenlosen Probetraining können Interessierte übrigens auch gerne mal reinschnuppern.


Laila Ali – Tochter von Muhammed Ali – ist heute erfolgreiche Boxerin

Was wollt ihr damit erreichen?

Wir wollen, dass mehr Mädchen und junge Frauen in Berlin boxen. Auch wirken wir darauf hin, den Anteil an Wettkampfsportlerinnen zu erhöhen. Mit Boxgirls wird darüber hinaus die bessere Zusammenarbeit der Boxvereine mit den Schulen vorangetrieben. Wichtig ist uns vor allem, dass die Kompetenz von Boxtrainern, mit Mädchen zu arbeiten, erhöht wird. Bei den Kursen vermitteln wir den Mädchen, wie sie sich durchsetzen und gegebenenfalls wehren können. Wir kooperieren bei unserer Arbeit auch mit anderen Mädchenprojekten.

Mit welchen Problemen sind boxende Frauen häufig konfrontiert?

Die schlechte Organisation von Boxerinnen ist ein Nachteil. Jede kämpft zurzeit für sich. Wir wollen uns daher organisieren, um genug Masse zu haben, etwas in den Vereinsstrukturen zu ändern. Zahlreiche Menschen denken, dass man beim Boxtraining ständig ins Gesicht geschlagen und angeschrieen wird. Das schreckt besonders Frauen ab.

In den Vereinen haben derweil die meisten in verantwortlichen Positionen inzwischen erkannt, dass die Zukunft von Männer- und Frauenboxen zusammenhängt. Wir kriegen zwar immer noch nicht genügend Wettkämpfe, aber es ist schon sehr viel besser geworden.

◆ Infos: www.boxgirls.de

Meine Ilse K.: Tatort Schmuckladen

